

Gerecht. Sozial. Vor Ort.

Wahlprogramm für den Main-Taunus-Kreis zu den Kommunalwahlen am 15. März 2026



Am 15. März 2026 stellen wir uns für den Main-Taunus-Kreis zur Wahl. Auf unseren offenen Listen kandidieren Mitglieder der Partei Die Linke, aber auch viele Menschen ohne Parteibuch. Uns verbindet der gemeinsame Anspruch an eine sozial gerechte, ökologisch verträgliche und friedliche Lebensweise für alle Menschen. Unsere kritische Sicht auf die herrschende Politik, die diese Ziele oft ignoriert, werden wir auch zukünftig in der Zusammenarbeit mit außerparlamentarischen Initiativen und im Parlament durch Anträge, Redebeiträge und Anfragen deutlich machen. Dabei vertreten wir insbesondere die Anliegen der abhängig Beschäftigten, der Solo-Selbstständigen und kleinen Gewerbetreibenden, der Rentenbeziehenden wie auch der Erwerbslosen und sozial benachteiligten Gruppen dieser Gesellschaft. Jenen, die keine Lobby haben und deren Interessen oft politisch keine Berücksichtigung finden, geben wir eine Stimme. Unser Ziel ist die politische und gesellschaftliche Teilhabe aller. Dabei werben wir auch um jene Menschen, die in den letzten Jahren aus Enttäuschung überhaupt nicht mehr zu einer Wahl gegangen sind.

Die Linke wird gebraucht – mehr denn je!

Die Reichen werden immer reicher, die Armen immer zahlreicher. Die Armutsquote steigt. Die Entwicklung ist gekennzeichnet durch eine dramatische Umverteilung von unten nach oben, durch die zunehmende Zerstörung unserer Lebensräume, durch eine Militarisierung der Außenpolitik und die Einschränkung demokratischer Rechte. Zu leiden haben darunter vor allem die Menschen, die diese Zustände nicht zu verantworten haben. Sie wissen kaum noch, wie die Miete oder Stromrechnung bezahlt, die steigenden Lebensmittelpreise beglichen und selbst grundlegende Bedürfnisse befriedigt werden können.

Wir mischen uns ein und wollen auch andere Menschen ermutigen, sich einzumischen. Wir werden Missstände im Parlament zum Thema machen, aber auch mit den davon Betroffenen außerparlamentarische Gegenmaßnahmen organisieren. Wir treten an für eine friedliche, demokratische, soziale und ökologische Perspektive mit starker öffentlicher Infrastruktur.

Zusammen können wir die Gesellschaft zum Positiven verändern!

Soziale und ökologische Missstände sind das Ergebnis von politischen Entscheidungen und von veränderbaren gesellschaftlichen Rahmenbedingungen. Wenn wir uns mit dem aktuellen Zustand nicht abfinden wollen, müssen wir die Veränderung sein.

Mit unserem Kreiswahlprogramm machen wir Ihnen und Dir ein Angebot zusammen mit uns für eine bessere Welt für alle Menschen zu streiten. Die Menschheit kann soziale Ungleichheit, Diskriminierung, Krieg und Umweltzerstörung überwinden. Die Veränderung beginnt immer vor Ort. Deshalb laden wir Sie und Dich ein, gemeinsam mit uns für einen solidarischen, nachhaltigen und friedlichen Main-Taunus-Kreis einzutreten – am 15. März 2026 und jeden Tag!

1. Für sozialen Ausgleich und ein gesundes Miteinander

Der Main-Taunus-Kreis gehört zu den zehn reichsten Kreisen Deutschlands. Doch dem Über-Reichtum Weniger steht die Armut der Vielen gegenüber. Die gesellschaftliche Spaltung ist auch bei uns tagtäglich für alle erlebbar, die mit offenen Augen durch unsere Städte und Gemeinden gehen. Es ist eine politische Aufgabe die Weichen so zu stellen, dass Armut sich nicht vererbt, sondern überwunden werden kann. Doch für einen Großteil der herrschenden Politik - völlig egal, ob auf Bundes-, Landes- oder kommunaler Ebene – ist die soziale Frage nur ein lästiger Kostenpunkt.

Für Die Linke ist soziale Gerechtigkeit der grundlegende Pfeiler des gesellschaftlichen Zusammenhalts. Die soziale Frage ist der Ausgangspunkt unseres politischen Handelns. Wir wissen, dass kein Problem sich löst, wenn man Menschen in arm und reich spaltet und gegeneinanderstellt. Wir wissen, Armut und Reichtum sind zwei Seiten einer Medaille, weil es exorbitanten Reichtum nicht ohne die Ausbeutung der Armen geben würde. Deshalb streiten wir auf der Bundesebene für eine zwingend erforderliche Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums und sind vor Ort immer an der Seite der sozial Benachteiligten und all jener, die für eine bessere Zukunft für sie kämpfen.

Teilhabe sichern

Armut bedeutet Ausschluss von gesellschaftlicher Teilhabe. Was für viele Menschen völlig selbstverständlich ist, ist für sozial Benachteiligte oft kaum zu leisten: ein Eis im Freibad, das Schulbrot oder das Besuchen von Kunst- und Kulturveranstaltungen sind oft nur mit Verknappung an anderer Stelle finanzierbar. Wer jeden Euro dreimal umdrehen muss, zieht sich oft aus der Gesellschaft zurück, um Momente der Scham zu vermeiden. Armut prägt das ganze Leben.

Als Linke wollen wir, dass kein Mensch in unserem reichen Land in Armut aufwachsen und leben muss. Das gilt auch für die Folgen der drohenden neuen Grundsicherung. In der Kommune setzen wir uns dafür ein, dass Barrieren zur gesellschaftlichen Teilhabe abgebaut werden.

Die Linke Main-Taunus fordert:

- Öffentliche Einrichtungen sollen gerade für alle Kinder und Jugendliche kostenfrei zugänglich sein, egal ob Freibad, Museum oder Bücherei.
- Wir wollen einen Main-Taunus-Teilhabepass schaffen, der die Angebote der Kommunen für sozial Benachteiligte bündelt und erweitert. Statt einer bürokratischen Beantragung sollen alle Menschen, die Anspruch auf Grundsicherungs- und Unterstützungsleistungen vom Main-Taunus-Kreis haben, den Teilhabepass automatisiert erhalten.
- Bestehende Unterstützungsangebote für Menschen in sozialer Not sollen möglichst barrierearm ausgestaltet werden. Sie müssen wohnortnah, mehrsprachig und auch digital zur Verfügung stehen. Statt einer bürokratischen Kultur des Misstrauens setzen wir auf aktive Leistungsberatung, um möglichst allen Menschen zu ihren Ansprüchen zu verhelfen.
- Die Richtlinie zur Gewährung von Kosten der Unterkunft bei Grundsicherung sieht Quadratmetersätze vor, die völlig an der Realität des Mietmarktes im Main-Taunus-Kreis vorbeigehen. In der Folge leben viele Menschen in völlig ungeeigneten Wohnungen bzw. können aus Gemeinschaftsunterkünften nicht ausziehen, weil eine Anmietung nicht möglich ist. Damit wird Integration verhindert und Ghettoisierung befördert. Die Richtlinie muss deshalb zwingend an die realen Mietpreise angepasst werden.
- Der erfolgreichste Weg zur Überwindung von Armut ist noch immer eine erfolgreiche Integration in den Arbeitsmarkt. Hier muss der Main-Taunus-Kreis mit seinem kommunalen Jobcenter kreativere Maßnahmen ergreifen, um mehr Menschen erfolgreich zu vermitteln. Erfolgreiche Vermittlung darf nicht an fehlenden Geldern scheitern. Dabei ist ein besonderes Augenmerk auf Sprachvermittlung, Einmündung in Ausbildung und die Inklusion von Menschen mit Behinderung zu legen. Die Unternehmen im Main-Taunus-Kreis sind in die Verantwortung zu nehmen.
- Alle Beschäftigten von kreiseigenen Gesellschaften sollen nach dem Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes (TVÖD) bezahlt werden.

Unser Krankenhaus bleibt: Medizinische Versorgung erhalten

Eine qualitativ gute und wohnortnahe Gesundheitsversorgung ist essenziell. Dazu gehört ein dichtes Netz an niedergelassenen Ärztinnen und Ärzten, Heilberufen, Apotheken, Pflege, Rettungsdienst, Beratungsstellen und natürlich auch unsere kommunalen Krankenhäuser in Bad Soden und Hofheim.

Gerade unsere Kliniken werden aktuell sehenden Auges durch den Landrat und die ihn tragende Koalition aus CDU, FDP und Grünen an die Wand gefahren. Nach jahrelangem Missmanagement durch ständig wechselnde Geschäftsführungen und unter den Augen eines extrem überbezahlten Aufsichtsrates, der offenbar nicht seinen Aufgaben nachgekommen ist, leiden Patientinnen und Patienten und die Beschäftigten seit Jahren unter zahlreichen Schiefen. Unter dem Deckmantel Doppelstrukturen abbauen zu wollen, wird insbesondere das Hofheimer Krankenhaus aktuell völlig entkernt: Notaufnahme, Schlaganfallversorgung und Radiologie wurden geschlossen oder abgebaut, die einst berühmte Pneumologie nach Frankfurt-Höchst verlagert. Es steht zu befürchten, dass diese Entwicklung in Verbindung mit der Krankenhausreform am Ende die komplette Schließung des Hofheimer Krankenhauses nach sich zieht. Dem gilt unser entschiedener Widerstand!

Auf Initiative der Linken kämpft seit 2023 ein Krankenhausbündnis gegen den Gesundheits-Kahlschlag an. Es ist auch unserem Druck zu verdanken, dass endlich die Pflegekräfte der Main-Taunus-Kliniken nach dem Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes bezahlt werden. Das nützt aber nur wenig, wenn insbesondere die Hofheimer Kolleginnen und Kollegen, um ihre Arbeitsplätze fürchten müssen. Deshalb halten wir an unserer Grundforderung fest: Alle Krankenhäuser bleiben!

Nicht zuletzt die verheerenden Erfahrungen der Corona-Pandemie haben deutlich gemacht, dass die zunehmende Ökonomisierung der Gesundheitsversorgung auch die kommunalen Kliniken bedroht. Unser Gesundheitssystem muss so aufgestellt werden, dass es krisenfest ist. Wir brauchen ausreichend Intensivkapazitäten in Notlagen, eine bessere Koordinierung und Verzahnung ambulanter und stationärer Angebote. Wir brauchen für alle Personalgruppen feste Vorgaben, um dem tagtäglichen Fachkräftemangel besser zu begegnen. Das heißt in vielen Fällen auch mehr gesellschaftliche Anerkennung und mehr Gehalt. Und wir müssen Schutzmittel und Medikamente auch dann ausreichend bevorraten, wenn es sich mal nicht rechnet.

Menschen vor Profite – das muss gerade im Gesundheitswesen gelten.

Die Linke Main-Taunus fordert:

- Das Hofheimer Krankenhaus muss als Krankenhaus der Regelversorgung wiederhergestellt werden. Die geschlossene Notaufnahme muss im Sinne der Versorgungssicherheit wieder aufgebaut werden.
- Die Kliniken bleiben in kommunaler Trägerschaft. Die politische Kontrolle muss wieder gestärkt werden, indem der Kreistag und nicht nur die hauptamtlichen Kreisausschussmitglieder im Aufsichtsrat vertreten sind. Die Aufsichtsratsvergütungen müssen auf eine vergleichbare Höhe wie in anderen Kreis-Kliniken reduziert werden.
- Ausgliederungen müssen rückgängig gemacht werden, alle Beschäftigten, nicht nur die Pflege, müssen in einen DGB-Tarifvertrag aufgenommen werden.
- Bund und Land müssen endlich ihren Anteil an den notwendigen Investitionen in Infrastruktur und Personal leisten. Solange dies nicht geschieht, ist es auch Aufgabe des Kreises mit kommunalen Mitteln der schlechten Finanzsituation gegenzusteuern.
- Der Kreistag soll eine Gesundheitsplanung zusammen mit allen relevanten Akteuren entwerfen, um neben der stationären auch eine gute ambulante Versorgung zu erreichen. Beide Systeme müssen besser kooperieren und ineinandergreifen. Dabei müssen auch die häusliche und Altenpflege berücksichtigt werden.
- Wir brauchen auch für den Main-Taunus-Kreis eine Auswertung der Erfahrungen der Corona-Pandemie, um Fehler für die Zukunft zu vermeiden und Schwachstellen für einen Katastrophenfall vorab zu identifizieren.
- Pflege ist für viele kaum noch bezahlbar, der Fachkräftemangel nimmt zu: Durch bessere

- ambulante Versorgung können mehr Menschen im vertrauten Wohnumfeld bleiben und Kosten gesenkt werden. Wir stehen auch in der Pflege für ambulant vor stationär, eine bessere Unterstützung von Angehörigen und den Ausbau von Tages- und Kurzzeitpflegeangeboten.
- Nachdem der Kreis die Zusammenarbeit mit der Arbeitsgemeinschaft gegen Suchtgefahren in Schwalbach beendet hat, besteht eine Versorgungslücke, die umgehend geschlossen werden muss. Den vielfältigen Suchtgefahren wollen wir durch Entkriminalisierung, verstärkter Prävention und Frühintervention effektiv begegnen.

Die soziale Infrastruktur gehört in öffentliche Hand

Die öffentliche Daseinsvorsorge ist vielfältig und oft in kommunaler Verantwortung: Wasser und Energie, Müllentsorgung, Krankenhäuser, Schulen, Kindertagesstätten, Schwimmbäder, Personenverkehr, Jugendhilfe, Theater, Bibliotheken und Museen. Die anderen Parteien sind der Auffassung, sie müssten die soziale Infrastruktur in die Hände der Privatwirtschaft legen oder sie beteiligen. Damit werden sie aber der öffentlichen Kontrolle durch die Wählerinnen und Wähler und der Parlamente entzogen. Vor diesem Hintergrund sagen wir: Eine qualitativ hochwertige Grundversorgung muss für alle Bürgerinnen und Bürger zugänglich sein und sichergestellt werden. Wir wollen die öffentliche Daseinsvorsorge ausbauen und Bürgerinnen und Bürger an der Kontrolle beteiligen. Privatisierungen müssen rückgängig gemacht werden. Ausgegliederte Tochtergesellschaften sind auf eine Rückführung in öffentliche Verwaltung zu überprüfen.

2. Für einen Main-Taunus-Kreis, in dem sich alle das Leben leisten können

Wohnen im Main-Taunus-Kreis muss für alle bezahlbar werden

Im Rhein-Main-Gebiet steigen die Mieten seit Jahren rasant – und der Main-Taunus-Kreis gehört zu den teuersten Regionen Deutschlands. Es fehlen bezahlbare Wohnungen, ob klein oder groß, und es fehlen barrierefreie Wohnungen. Für viele Menschen bedeutet das: immer mehr vom Einkommen geht fürs Wohnen drauf. In den letzten zehn Jahren hat sich der Sozialwohnungsbestand im Main-Taunus-Kreis mehr als halbiert.

Auch wenn die Wohnungsversorgung keine originäre Kreisaufgabe ist, müssen Kreis und Gemeinden gemeinsam dafür sorgen, dass der benötigte bezahlbare Wohnraum geschaffen und erhalten wird.

Die Linke Main-Taunus fordert:

- die Gründung einer gemeinsamen Wohnungsbau-Genossenschaft des Kreises und der Gemeinden. Vorbild kann die Genossenschaft „Bezahlbarer Wohnraum im Wetteraukreis“ sein. Die Genossenschaft soll Wohnungen im Standard des sozialen Wohnungsbaus – auch mit barrierefreien Wohnungen – bauen oder die Städte und Gemeinden beim Bau unterstützen. Die kreiseigene „Gesellschaft für Gesundheits- und soziale Infrastruktur“ (GSIM) muss in diesem Sinne weiterentwickelt und tätig werden.
- Kommunale Grundstücke müssen in kommunaler Hand bleiben.
- Der Main-Taunus-Kreis braucht zusammen mit den Kommunen eine Flächenankaufstrategie: Statt wie bisher auch die letzten kommunalen Grundstücke höchstbietend an Investoren zu verschern, müssen im Sinne einer funktionierenden Stadt- und Regionalplanung auch zwischen den Kommunen abgestimmte Schritte zur Gewerbe- und Wohnraumentwicklung stattfinden. Dabei setzen wir auf sinnvolle Nachverdichtung statt auf immer weiter fortschreitende Flächenversiegelung.
- Neben dem Bau neuer Sozialwohnungen soll der Kreis zusammen mit den Städten und Gemeinden Belegungsrechte erwerben und erhalten, um Sozialwohnungen in bestehenden Quartieren zu etablieren.
- Der Main-Taunus-Kreis soll eine Wohnungssicherungsstelle einrichten, um drohenden Wohnungsverlust zu verhindern und Menschen bei der Vermittlung aus Gemeinschafts- und Notunterkünften besser zu unterstützen.

- Wir setzen uns für die Förderung von generationsübergreifenden Wohnprojekten und Genossenschaften ein.
- In der Wohnungslosenhilfe sollen Tagessätze täglich und ohne zeitliche Limitierung gezahlt werden. Mit der „vertreibenden Hilfe“, die darauf abzielt Wohnungslose aus dem Main-Taunus-Kreis fernzuhalten, muss endlich im Sinne der Menschenwürde Schluss gemacht werden.

Vernetzt und bezahlbar im Main-Taunus-Kreis unterwegs

Der motorisierte Individualverkehr stößt angesichts knapper werdender Ressourcen, des Klimawandels und des hohen Verbrauchs an öffentlichen Raum für Straßen, Parkplätze etc. zunehmend an seine Grenzen. Es braucht ein neues Gleichgewicht zwischen den unterschiedlichen Nutzungsformen des öffentlichen (Verkehrs-)Raumes mit einer deutlichen Stärkung umwelt- und klimafreundlicher Fortbewegungsmittel.

Dabei spielt ein funktionierender Nahverkehr eine zentrale Rolle. Insbesondere die ständigen Verspätungen machen den Nahverkehr weiterhin für viele Menschen unattraktiv.

Anschlussfähig müssen dabei verschiedene Verkehrssysteme sein: Busse und Anrufsammeltaxen müssen mit den Bahnen verzahnt werden. Sichere Radabstellplätze, ausreichend breite und sichere Rad- und Fußwege bedarf es kreisweit ebenso.

Landrat Michael Cyriax hat die Vorlage des neuen Lokalen Nahverkehrsplans lange Zeit blockiert. Nunmehr wurde als oberste Devise ausgegeben, umgesetzt wird nur, wozu der Kreis gesetzlich verpflichtet ist. Für Angebotsausweitungen sei kein Geld da. Damit wird die dringend notwendige Verkehrswende konterkariert. Ein solches Wegducken vor der Verantwortung ist angesichts der Klimaveränderungen skandalös.

Die Linke Main-Taunus fordert:

- Der Nahverkehr muss attraktiv sein, um Menschen eine Alternative zum Auto zu bieten. Das heißt weniger Ausfälle, mehr Pünktlichkeit, verlässliche Abfahrtsdaten, Barrierefreiheit und nicht zuletzt funktionierende Querverbindungen zwischen den Städten und Gemeinden des Main-Taunus-Kreises auch an Randzeiten und am Wochenende.
- Die tangentialen Bus-Schnellverbindungen (X-Linien) haben sich bewährt. Sie müssen jedoch in Zukunft mehr Orte verbinden und insbesondere auch in den Abendstunden und an Sonn- und Feiertagen angeboten werden.
- Unsere generelle Zielstellung bleibt der Nulltarif für den öffentlichen Nahverkehr in Deutschland.
- Der Main-Taunus-Kreis bietet seinen Beschäftigten ein Jobticket – das begrüßen wir. Wir fordern die Ausweitung auf die Beschäftigten der kommunalen Gesellschaften wie das Personal der Main-Taunus-Kliniken und die Teilhabeassistenzen in den Schulen.
- Wir wollen einen Fahrgastbeirat beim Main-Taunus-Kreis etablieren.
- Die ständige Neuvergabe von Nahverkehrs-Leistungen im Busverkehr alle acht Jahre führt zu unsicheren Beschäftigungsverhältnissen und zu miserablen Arbeitsbedingungen für die Busfahrenden (insb. keine Ruheräume, Toiletten und Waschmöglichkeiten). Wir lehnen solche Zustände ab. Statt ständiger Ausschreibungen ist auch der Nahverkehr als Bestandteil der öffentlichen Daseinsvorsorge nur durch kreiseigene Unternehmen und ohne Ausschreibungspflicht dauerhaft und sicher zu erbringen. Um auch künftig noch qualitätsvollen Busverkehr anbieten zu können, ist es erforderlich, für das Bus-Personal ausreichende Sozialräume seitens der MTV GmbH bereit zu stellen.
- Der Radwegeausbau muss deutlich beschleunigt werden. Dazu müssen Vorhaben an Landes-, Kreis- und Gemeindestraßen besser aufeinander abgestimmt werden, damit neue Radwege nicht im Nirgendwo enden. Radwege dürfen nicht nur als landesstraßenbegleitende Radwege und mit gleichzeitigem Straßenausbau durch Hessen Mobil errichtet werden, sondern es müssen sichere Radwege als inner- und zwischenörtliche Verbindungen geschaffen werden – auch wenn hierzu eine Mitfinanzierung der Kommunen erforderlich ist.
- Radschnellwege, wie sie von Landesseite priorisiert sind, machen nur Sinn, wenn es Zubringer-Radwege aus den umliegenden Gemeinden gibt. Im Zweifelsfall müssen Parkplätze oder

einzelne Verkehrsspuren zugunsten von schnellerem und sicherem Bus-, Rad- oder Fußverkehr weichen.

- Wir wollen E-Mobilität für alle Verkehrsträger fördern: Es braucht mehr öffentliche Ladeplätze für E-Bikes und E-Autos, eine schrittweise Umstellung des MTV-Busverkehrs auf E-Mobilität und die vollständige Elektrifizierung des Schienenverkehrs im Main-Taunus-Kreis. Das Experimentierfeld Wasserstoffzüge ist krachend gescheitert und besitzt zudem einen deutlich schlechteren Energiewirkungsgrad als elektrische Züge.

Die Regionaltangente West (RTW) wird immer mehr zum Milliardengrab. Mittlerweile werden für Planung und Bau 1,8 Mrd. Euro angesetzt, wobei wegen der weiteren Verzögerungen beim Bau auch mit weiteren Kostensteigerungen zu rechnen ist. Sie sollte ursprünglich 2016 in Betrieb gehen, nun frühestens 2029. Die Betriebskosten sind noch überhaupt nicht beziffert und der konkrete Nutzen für eine relevante Zahl an Fahrgästen aus dem Main-Taunus-Kreis ist nicht erkennbar. Hier droht für den Main-Taunus-Kreis Gefahr. Weil das Prestigeprojekt RTW auf jeden Fall in Betrieb gehen muss, muss die Finanzierung des RTW-Betriebes notfalls auf Kosten des bestehenden S-Bahn und Bus-Verkehrs erfolgen. Dadurch droht dauerhaft ein Wegfall der Viertelstunden-Takte der S-Bahnen oder auch die Streichung der Buslinie X17. Eine solche Verschlechterung für die meisten Fahrgäste im Main-Taunus-Kreis gilt es zu verhindern.

Die „Wallauer Spange“ ist eine sinnvolle Verbindung von Wiesbaden über den Flughafen nach Frankfurt bzw. nach Darmstadt. Einen relativ geringen Nutzen hat dagegen der beabsichtigte Haltepunkt Wallau/Delkenheim, der von Hofheim-Wallau und Hochheim-Massenheim aus nur mit dem Pkw oder einer neuen Buslinie erreicht werden kann. Die Kosten für die geplante Ausstattung des Haltepunktes mit acht Bussteigen und einem Parkdeck für 270 Stellplätze stehen für den zu erwartenden Nutzen in keinem vernünftigen Verhältnis. Die Umsetzung der Planungen für Parkhaus und Busanbindung ist zudem nicht nur angesichts der finanziellen Lage der beteiligten Kommunen Wiesbaden, Hofheim und Hochheim in absehbarer Zeit unrealistisch, sondern auch wegen der erforderlichen Beschaffung neuer Linienbusse und dafür notwendigen Gewinnung von ausreichendem Fahrpersonal. Wenn schon für die im Lokalen Nahverkehrsplan vorgeschlagenen Maßnahmen und Angebotsausweitungen und auch für die Beschaffung von E-Bussen kein Geld da ist, wie sollen da ein Parkhaus, ein Busbahnhof und acht zusätzliche Buslinien finanziert werden? Sinnvoller und kostengünstiger wäre ein X-Bus von Nordenstadt kommend über Wallau und Massenheim zum Flughafen sowie eine gute Busanbindung von Massenheim an den Hochheimer Bahnhof. Von Wallau nach Wiesbaden und nach Hofheim gibt es bereits Bus-Angebote.

3. Für Bildungsgerechtigkeit und Entwicklungsperspektiven für alle

Öffentliche Bildung muss kostenfrei sein, und sie beginnt bereits in der Krippe. Der Main-Taunus-Kreis ist Schulträger und damit zuständig für die Schulorganisation, den Bau, den Erhalt und die Ausstattung unserer Schulen. Hier gibt es an sehr vielen Schulen weiterhin massive Bedarfe. Mit dem schrittweisen Rechtsanspruch auf den schulischen Ganztag steht ab dem kommenden Schuljahr eine weitere große Herausforderung an. Schon jetzt steht fest: Ganztagsangebote, wie der Pakt für den Ganztag sie in Hessen vorsieht, sind nicht die Ganztagschulen, wie wir sie fordern. Sie bleiben Angebote die pädagogisch nicht zufriedenstellend sind. Sie lösen den Anspruch an ein wohnortnahes, kostenfreies, qualitativ hochwertiges und umfassendes Bildungsangebot für alle Kinder und Jugendlichen nicht ein. Bildung muss in jeder Altersstufe barrierefrei und inklusiv sein.

Der Kreis ist als Träger der öffentlichen Jugendhilfe dafür zuständig, junge Menschen in ihrer individuellen und sozialen Entwicklung zu fördern und dazu beizutragen, Benachteiligungen zu vermeiden oder abzubauen, Eltern und andere Erziehungsberechtigte bei der Erziehung zu beraten und zu

unterstützen. Deshalb sind Strukturen und Angebote wohnungsnah sicherzustellen oder neu zu schaffen. Schulische und außerschulische Jugendhilfeeinrichtungen und Jugendzentren sind zu vernetzen. Initiativen für selbstverwaltete Jugendzentren sollen unterstützt werden.

Kita: Gute Bildung von Anfang an

Kindertagesstätten sind Bildungseinrichtungen, der Zugang ist zu sichern und (landesseitig) kostenfrei zu stellen. Wir setzen uns gegen gewinnorientierte private Träger ein. Jedes Kind hat das Recht auf eine gute und wohnortnahe frühkindliche Bildung – und zwar unabhängig vom Einkommen der Eltern. Doch im Main-Taunus-Kreis sieht die Realität anders aus: Viele Kinder stehen auf Wartelisten, weil Plätze fehlen. Eltern und Kinder zahlen den Preis für jahrelanges politisches Versagen. Der Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz muss endlich flächendeckend umgesetzt werden. Der Mangel an Erzieherinnen und Erziehern führt dazu, dass das Land Hessen das Fachkräftegebot immer mehr aufweicht. Das finden wir bedenklich. Denn Multiprofessionalität funktioniert am besten, wenn sie zusätzlich und nicht ersetzend in der Bildung greift.

Die Linke Main-Taunus fordert:

- Das Kitaplatz-Angebot ist in den Städten und Gemeinden des Main-Taunus-Kreises sehr unterschiedlich ausgebaut. Wir wollen mit einer kreisweiten Koordinierungsstelle dazu beitragen, dass über interkommunale Zusammenarbeit weniger Kinder auf Wartelisten stehen.
- Angebote der Kindertagespflege sollen ausgebaut und gestärkt werden. Tagesmütter und -väter brauchen Orte zum gemeinsamen Austausch, sowie Vertretungsregelungen bei Krankheit und Urlaub.
- Kitas sollen perspektivisch zu Eltern-Kind-Zentren für eine umfassende wohnungsnaher Kinderförderung und -bildung, sowie Elternberatung von Geburt an (u.a. Gesundheit, Erziehung, Ernährung, Spracherwerb und Sprachförderung, Hilfen, Therapie) ausgebaut werden.
- Wir setzen uns dafür ein, dass im Main-Taunus-Kreis die praxisintegrierte vergütete Ausbildung (PivA) ausgebaut und der schulische Anteil wohnortnah an den Kreis-Berufsschulen absolviert werden kann.
- Erzieherinnen und Erzieher sollen besonders geförderte Wohnungen angeboten werden, um ihnen das Wohnen an ihrem Arbeitsort bezahlbar zu machen.
- Die Mitbestimmung der Eltern muss erhöht werden. Wir setzen uns dafür ein, dass Stadtteilernbeiräte für Angelegenheiten der frühkindlichen Bildung im gesamten Main-Taunus etabliert werden.

Schulen als Orte des Lernens und Lebens

In keinem OECD-Land hängt der Bildungserfolg so stark von der familiären Herkunft ab, wie in Deutschland. Kinder und Jugendliche benötigen mehr individuelle Begleitung und Förderung, auch weil Elternhäuser oft dafür nur noch begrenzte Ressourcen haben. Lehrkräfte sehen sich immer mehr Herausforderungen ausgesetzt und fühlen sich dabei oft alleingelassen. Multiprofessionelle Teams in Schulen stehen oft eher auf dem Papier als im Klassenzimmer. Diese Zustandsbeschreibung teilen allgemeinbildende wie berufliche Schulen. Hier muss der Main-Taunus-Kreis unterstützend tätig werden, wo es seine Kompetenzen erlauben.

Die Linke streitet für längeres gemeinsames Lernen, vollständige Kostenfreiheit von Bildung und Inklusion.

Die Linke Main-Taunus fordert:

- Das Schulbauprogramm muss mindestens fortgesetzt, eher beschleunigt und ausgeweitet werden. Schulischer Raum muss auf vielfältige Anforderungen ausgerichtet werden. Mit dem Ganzttag werden Schulen vor völlig neue Aufgaben gestellt. Variabilität und Durchlässigkeit müssen auch beim Bau überall Widerhall finden. Wir fordern ein Programm für saubere und moderne Sanitäreinrichtungen an Schulen.
- Der schulische Ganzttag muss prinzipiell durch pädagogische Fachkräfte umgesetzt werden

- und soll Vereine und außerschulische Angebote einbeziehen.
- Mit der Ausweitung des Ganztagsangebots bekommt Essensverpflegung an Schulen einen noch mal deutlich höheren Stellenwert. Richtwert müssen die Empfehlungen der Deutschen Gesellschaft für Ernährung sein. Wir begrüßen es, dass der Kreis schrittweise auf kleinere Caterer umsteigen und das Küchenpersonal in eigene Verantwortung übernehmen will. Perspektivisch wollen wir, dass an den Schulen wieder gekocht wird, auch um Kinder und Jugendliche einzubeziehen und gesunde Ernährung damit im Unterricht praxisnah einfließen lassen zu können. Auch die Schulverpflegung wollen wir mit Landesmitteln perspektivisch kostenfrei stellen.
- Schulsozialarbeit muss auf alle Schulen ausgeweitet und auch personell ausgebaut werden. Das bestehende, aber veraltete Konzept Schulsozialarbeit des Kreises braucht eine dringende Überarbeitung. Neben der Schulsozialarbeit braucht es weitere unterstützende Kräfte, etwa Schulgesundheitskräfte.
- Wir wollen Verwaltungskräfte sowie Hausmeisterinnen und Hausmeister an Schulen besser bezahlen und durch mehr Stellen und bessere Arbeitsbedingungen stärken.
- Schulabstinenz wollen wir durch bessere und frühzeitige pädagogische Unterstützung statt Strafen begegnen.
- Das Recht auf Inklusion darf nicht beschnitten werden. Lehrkräfte brauchen mehr Unterstützung bei der Umsetzung, Teilhabeassistenzen wollen wir aufwerten. Der Idee des Poolings von Schülerinnen und Schülern mit Unterstützungsbedarf stehen wir kritisch gegenüber, weil es bei der Diskussion im Main-Taunus-Kreis bisher in erster Linie um Kostensenkungen statt bessere Lernkonzepte geht. Sofern es zu Pooling-Ansätzen kommt, braucht es passende pädagogische Konzepte, die feste Anbindung der Teilhabeassistenzen an die jeweilige Schule und ausreichend Zeitkontingente für Anleitung und Weiterbildung.
- Förderschulen wollen wir in einer Form der „umgekehrten Inklusion“ auch für Schülerinnen und Schüler ohne Förderbedarf öffnen.
- Wir setzen uns auf Landesebene dafür ein, dass jede Schülerin und jeder Schüler ein kostenfreies Schülerticket bis zum Schulabschluss und unabhängig vom Wohnort erhält.
- Die Schulkommission muss von einer alle paar Jahre tagenden Alibi-Veranstaltung zu einem Beratungsgremium des Kreises aufgewertet werden. Die Verbindung von Schülerinnen und Schülern, Eltern und Lehrkräften bietet ein großes Verbesserungspotenzial, welches bisher völlig ungenutzt bleibt.
- Kein Werben fürs Sterben! Schulen sollen der Friedenserziehung dienen. Die Bundeswehr ist kein angemessener Partner für Bildungseinrichtungen.
- Der Trend zu einkommens- und vermögensabhängiger Bildung ist zu stoppen. Den Einsatz öffentlicher Mittel für Privatschulen, die Schulgeld verlangen, lehnen wir ab.

Gute Ausbildung als Türöffner für existenzsichernde Erwerbsarbeit

Ohne abgeschlossene berufliche Ausbildung steigt das Risiko rapide später keine existenzsichernde Beschäftigung zu finden. Jungen Menschen den für sie richtigen Weg zu ebnen, völlig egal ob in einer beruflichen Ausbildung oder mit einem Studium, ist für die individuelle wie auch gesellschaftliche Entwicklung essenziell. Dafür muss insbesondere der Übergang von der Schule in die Ausbildung gestärkt werden.

Die Linke Main-Taunus fordert:

- Berufsberatung muss endlich an allen Schulen, auch an Gymnasien, fester Bestandteil des Schulalltags werden. Darunter verstehen wir nicht ein fünfzehnminütiges Beratungsgespräch oder den Besuch einer Berufsmesse, sondern plädieren für Praxisphasen und Erprobungsmöglichkeiten.
- Unternehmen müssen sich verstärkt der eigenen Verantwortung bewusst werden: Viel zu viele Unternehmen beklagen den allgemeinen Fachkräftemangel und verweigern sich zugleich ihrer Aufgabe, selbst Nachwuchs auszubilden. Auf Landesebene setzen wir uns deshalb für eine Ausbildungumlage ein: Betriebe, die nicht ausbilden, zahlen ein, Betriebe mit Ausbildungsplätzen und außerbetriebliche Ausbildungsgänge werden gefördert.

- Die außerbetriebliche Ausbildung im Main-Taunus-Kreis wollen wir ausbauen, gerade um jungen Menschen mit multiplen Problemlagen einen Neustart zu ermöglichen.
- Die Berufsschulen des Main-Taunus-Kreises müssen besser finanziell ausgestattet werden, um moderne Ausbildungsinhalte vermitteln zu können. Wir wollen gerade Mangelberufe stärker vor Ort anbieten. So wollen wir beispielsweise ermöglichen, dass neben der rein schulischen, auch die praxisintegrierte vergütete Ausbildung für Erzieherinnen und Erzieher an der Brühlwiesenschule angeboten wird.
- Wir wehren uns dagegen, dass im Rahmen der Landesplanung viele Handwerksberufe an den Berufsschulstandorten des Main-Taunus-Kreises wegzufallen drohen. Wir brauchen attraktivere Ausbildungsbedingungen, um mehr junge Menschen auch für das Handwerk zu gewinnen.
- Auch Ausbildung muss inklusiv gestaltet sein. Unternehmen sollen auch jungen Menschen mit Behinderung eine Chance geben, Berufsschulen müssen barrierefrei sein. Wir wollen im Main-Taunus-Kreis den inklusiven Berufsbildungsgang zur Berufsvorbereitung (BzB) mit sonderpädagogischer Förderung für Schülerinnen und Schüler mit dem Förderschwerpunkt Geistige Entwicklung (GE) dauerhaft etablieren und an beiden Berufsschulstandorten anbieten. Werkstätten für Menschen mit Behinderungen wollen wir dabei unterstützen noch intensiver zu qualifizieren und in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung zu vermitteln.
- Wir wollen mit Azubi-Wohnungen bezahlbaren Wohnraum auch für Menschen in Ausbildungsphasen schaffen.

Außerschulische Angebote für junge Menschen und Unterstützung für Familien

Jugendarbeit ist eine wichtige Anlaufstelle für junge Menschen. Sie ist ein wichtiger Anker für Prävention, Beratung, Freizeitgestaltung und Spaß. Sie bietet Halt, wo Eltern und Schule dies nicht (ausreichend) gelingt. Sie ist partizipativ und demokratiefördernd. Auch Elternarbeit ist gerade in herausfordernden Situationen unverzichtbar. Zusammen können sie für ein gelingendes Aufwachsen auch in schwierigem Umfeld entscheidend sein.

Die Linke Main-Taunus fordert:

- Angebote der Jugendarbeit stehen in der Verantwortung der Städte und Gemeinden. Der Kreis sollte vernetzen und begleiten und für gemeinsame Mindeststandards werben.
- Jugendarbeit muss kontinuierlich aufgebaut und finanziert werden.
- Die beiden Erziehungsberatungsstellen des Main-Taunus-Kreises sind völlig überlastet. Um gerade bei Krisen schnell intervenieren zu können, braucht es dringend eine dritte Anlaufstelle im Kreis.

Lebenslanges Lernen und erfolgreiche Integration

Die Volkshochschule des Main-Taunus-Kreises bietet ein vielfältiges Programm, für jeden Geschmack ist etwas dabei. Zusammen mit Bildungsangeboten des angeschlossenen Naturschutzhauses und von Vereinen und Verbänden ist lebenslanges Lernen auch im Main-Taunus-Kreis im Allgemeinen gut aufgestellt. Eine hohe Leistung erbringt die VHS auch bei den vielfältigen Sprachkursen als Teil der Integration von Geflüchteten. Hier hat der Bund in den vergangenen Jahren allerdings die Förderbedingungen deutlich verschlechtert. Mit dem beabsichtigten Umzug der VHS werden sich die Rahmenbedingungen hoffentlich weiter verbessern.

Die Linke setzt sich dafür ein, dass der gute Standard der VHS gehalten und ausgebaut wird.

Die Linke Main-Taunus fordert:

- Im Rahmen des von uns geforderten Teilhabepasses wollen wir die Ermäßigungen bei der VHS für sozial Benachteiligte von 20 auf 50 Prozent erhöhen.
- Wir wollen über eine externe Bürgerbefragung das Profil der VHS evaluieren und ggf. neue zusätzliche Angebote ableiten helfen.
- Verschlechterungen bei den Integrations- und Sprachkursen müssen gegebenenfalls durch

Kreismittel ausgeglichen werden. Sprache ist der entscheidende Schlüssel zur Integration und muss kostenfrei und möglichst wohnortnah erlernt werden können. Insbesondere fehlt es an Sprachkursen, die auf Eltern mit Kleinkindern ausgerichtet sind. Deshalb wollen wir neben den VHS-Kursen ein zusätzliches Sprachförder-Angebot mit Kinderbetreuung in Familienzentren fördern.

- Wir wollen ein spezifisches Angebot schaffen, welches Beschäftigte und Unternehmen bei der Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse unterstützt. Dieses soll durch die Unternehmen kofinanziert werden.
- Wir wollen ein Bleiberechtsprojekt für Langzeitgeduldete aufsetzen, um Menschen aus Perspektivlosigkeit zu holen und besser integrieren zu können. Wie vergleichbare Projekte in Wiesbaden und Köln beweisen, ist dies nicht nur für die einzelnen Betroffenen hilfreich, sondern spart zudem hohe Summen bei den kommunalen Finanzen ein.

4. Für einen nachhaltigen Main-Taunus-Kreis

Um die Existenz der Menschheit zu sichern, müssen wir die bisherige ausbeuterische Lebens- und Wirtschaftsweise überwinden. Die Sicherung unseres Wohlstands und unseres Lebens kann nur mit mehr Nachhaltigkeit und Klimaschutz gelingen.

Die Regierenden in Deutschland, Hessen und auch im Main-Taunus-Kreis haben dies leider noch immer nicht realisiert. Bestes Beispiel ist das Kreis-Klimaschutzkonzept, welches zwar nach fast fünfjähriger Verspätung 2024 beschlossen wurde, jedoch unter einen kompletten Finanzierungsvorbehalt gestellt wurde. Dazu sagt Die Linke: Wer nicht bereit ist, in Zukunftsfähigkeit zu investieren, wird absehbar keine Zukunft mehr haben. Deshalb fordern wir ein entschlossenes Vorgehen, um unsere Natur und Umwelt zu erhalten, den Klimawandel und das Artensterben abzubremsen und Klimaanpassungsmaßnahmen vorzunehmen.

Klimaschutz

Der Ausbau der erneuerbaren Energien, die Reduzierung unseres Ressourcenverbrauchs und ökologischen Fußabdrucks sind nicht nur ökologische, sondern auch sozial- und wirtschaftspolitische Notwendigkeiten. Die Kosten zur Eindämmung des Klimawandels und der Energie- und Wärmewende dürfen nicht auf die privaten Verbraucherinnen und Verbraucher abgewälzt werden.

Die Linke Main-Taunus fordert:

- Das Kreis-Klimaschutzkonzept muss ausfinanziert und realisiert werden.
- Bei der Energiewende setzen wir insbesondere auf Sonne, Wind, Wasserkraft und Energieeinsparung. Wir unterstützen Windkraft im Main-Taunus-Kreis und eine Solarpflicht bei Neubauprojekten an Orten mit ausreichender Sonneneinstrahlung.
- Wir brauchen eine dezentrale Energieversorgung statt Stromautobahnen wie Ultranet und Rhein-Main-Link. Dazu gehört die Stärkung von Energiegenossenschaften und die deutlich bessere Werbung für alle Formen der erneuerbaren Energien durch den Kreis, auch zur Nutzung durch Privatpersonen und Unternehmen.
- Der massive Ausbau von Rechenzentren im Main-Taunus-Kreis ist ökonomisch gefährlich und ökologisch zerstörerisch. Alle bereits in Planung befindlichen Rechenzentren müssen verpflichtend Abwärme in das Wärmenetz einspeisen und so wenigstens zur Wärmewende beitragen. Wir wollen ein kreisweites Ausbau-Moratorium für weitere Rechenzentren.
- Die Wärmeplanung der Städte und Gemeinden soll durch den Main-Taunus-Kreis koordiniert werden, um Synergiepotenziale zu heben.
- Statt Abriss und Neubau priorisieren wir die Sanierung im Bestand, bei Neubau sind nachhaltige Materialien zu verwenden. Statt weiterer Flächenversiegelung favorisieren wir das Aufstocken im Bestand und begrenzte Innenverdichtung.
- Wir brauchen ein energetisches Sanierungsprogramm für den sozialen Wohnungsbau, das warmmietenneutral umgesetzt wird.

- Zur Stärkung des Rad- und Nahverkehrs und zur Mobilitätswende, siehe Kapitel 2.

Klimaanpassung

Zunehmende Hitzewellen, teils monatelange Trockenphasen und dann wieder Starkregenereignisse sind Auswirkungen des Klimawandels. An den Taunushängen sehen wir schon heute die Folgen der mangelnden Klimaresilienz unserer Wälder. Neben Maßnahmen, um das Fortschreiten des Klimawandels zu verhindern, muss deshalb dringend auch mehr unternommen werden, um unsere Städte und Gemeinden auf die Folgen vorzubereiten und vulnerable Personengruppen wie Kinder, Ältere, Schwangere, Wohnungslose und Menschen mit Außenarbeitsplätzen besser zu schützen.

Die Linke Main-Taunus fordert:

- die Begrünung und Entsiegelung der Städte und Gemeinden.
- die Sicherung von Kaltluftschneisen bei der Stadtplanung.
- Trinkbrunnen, Wasserspielplätze für Kinder als auch Verdunstungswasser zur Abkühlung müssen kostenfrei bereitgestellt werden.
- Soziale Einrichtungen und öffentliche Gebäude müssen zu kühlen Orten umgewandelt werden.
- Schwimm- und Freibäder müssen erhalten bleiben.
- Hitzeaktionspläne müssen erstellt und auch finanziell abgesichert werden.
- Wald- und Landwirtschaft müssen an den Klimawandel angepasst werden. Der notwendige Waldbau soll sich in erster Linie an ökologischen Kriterien ausrichten.
- Wir unterstützen Anreize zur Begrünung für Bestandsgebäude durch öffentliche Zuschüsse.

Artenvielfalt

Schaffen wir es nicht das Artensterben zu stoppen, werden wir nicht überleben. Nach einem Bericht des Weltbiodiversitätsrates der Vereinten Nationen sind rund eine Million Tier- und Pflanzenarten betroffen. Damit riskieren wir unsere Lebensgrundlagen und drohen die Nahrungsmittelsicherheit zu verlieren.

Faktoren für das Artensterben sind u.a. Lebensraumverlust, Verkehr, Intensivierung der Landwirtschaft sowie Lichtverschmutzung. Um den Biodiversitätsverlust zu stoppen, ist eine naturfreundliche Wirtschafts- und Lebensweise notwendig. Sowohl Wirtschaft, Forstwirtschaft, Landwirtschaft und Fischerei müssen Wege finden, die mehr Raum für Tiere schaffen.

Die Linke Main-Taunus fordert:

- ein Konzept zur Minimierung der Lichtverschmutzung wie etwa in Fulda.
- die Unterstützung der Landwirtschaft auf eine Umstellung zur biologische Landwirtschaft.
- Strategien zur Förderung der Artenvielfalt.
- das urbane Gestalten der Lebensräume im Einklang mit der Tier- und Pflanzenwelt.
- den Erhalt und die Wiederherstellung von natürlichen Lebensräumen.

Wasser

Sauberes Wasser ist ein Menschenrecht. Auch in Deutschland sinkt der Grundwasserspiegel. PFAS, Nitrat und andere Gifte werden in immer mehr Brunnen nachgewiesen. Es regnet nicht weniger, aber es gibt längere Trockenzeiten, abgelöst durch Starkregenereignisse. Durch Flächenverbrauch und verdichtete Böden fließt das Wasser vorschnell ab und führt zu Hochwasser. Grundwasser wird weniger aufgefüllt. Wassermanagement braucht einen höheren Stellenwert, nicht nur im Sinne des Hochwasserschutzes.

Die Linke Main-Taunus fordert:

- unsere Kommunen müssen Schwammstädte werden.
- Zisternen sind überall wo möglich für Brauchwasser und Bewässerung der Grünflächen vorzusehen. Wir wollen eine Zisternenpflicht bei Neubauten und Anreize für Zisternen auch in Bestandsgebäuden.
- bei Baumaßnahmen das Abpumpen von Grund- und Schichtenwasser zu begrenzen und die Vorgaben auch zu kontrollieren.
- Die Einführung progressiver Wassergebühren, die geringe Verbräuche belohnt und Normalverbraucher entlastet, aber hohe Verbräuche mit einem exponentiellen Anstieg zum Wassersparen anhält.
- Grauwassernutzung bei Neu- und Umbauten vorzuschreiben.
- alle Kläranlagen mit einer vierten Klärstufe gegen Medikamentenrückstände und Mikroplastik zu versehen.
- den Rückbau von Schottergärten.

Wald

Damit sich das Ökosystem Wald an den Klimawandel anpassen kann, müssen wir unser bisheriges Handeln im Forst neu überdenken. Wissenschaftliche Studien können dabei helfen, das komplexe Ökosystem zu verstehen und müssen bei der zukünftigen Forstbewirtschaftung beachtet werden. Die Ökosystemleistungen des Waldes müssen auch unter zukünftigen Bedingungen sichergestellt werden. Dazu zählen: Kohlenstoffspeicher, Wasserspeicher, Hochwasserschutz, Trinkwasser und Holzlieferant, Kühlung, Erholung, Lebensraum unzähliger Pflanzen- und Tierarten. Fallen die Ökosystemleistungen aus, werden die daraus entstehenden Kosten unbezahlbar sein.

Wir finden, jede waldbesitzende Kommune hat die Pflicht mit seinen naturgegebenen Ressourcen enkeltauglich umzugehen.

Die Linke Main-Taunus fordert:

- Waldwirtschaft nach ökologischen Erfordernissen ausrichten, nicht nach kurzfristigem Profit.
- Das Lübecker Modell mit seiner besonders naturnahen Waldbewirtschaftung wird Vorbild.
- Wasserrückhalt im Wald hat oberste Priorität.

Böden

Böden sind die Voraussetzung für Leben. Sie sind Wasserspeicher, bilden zusammen mit Pflanzen, Pilzen und Mikroorganismen Humus und speichern Kohlenstoff. Böden sind für unserer Wälder und für die Landwirtschaft von zentraler Bedeutung. Auf kleiner Fläche vereint der Main-Taunus-Kreis einige der besten Böden. Wir müssen der fortschreitenden Flächenversiegelung einen Riegel vorschieben, auch zur Sicherung der landwirtschaftlichen Produktion, des Wasserhaushaltes und der Klimaverträglichkeit.

Bodenversiegelung und -verdichtung müssen massiv eingeschränkt werden und, da Boden eine endliche Ressource ist, auch bald zum Erliegen kommen.

Fluglärm: Flüge auf die Züge

Die Linke hat den Ausbau des Frankfurter Flughafens immer abgelehnt. Schon jetzt ist der Main-Taunus-Kreis massiv durch Flugbewegungen und deren Folgen, insbesondere den Fluglärm, betroffen. Fluglärm macht krank, schulische Leistungen werden nachweislich schlechter. Hinzukommt die

Emission von Feinstaub und Schadgasen, unter denen vor allem die Menschen in den Einflugschneisen leiden. Wenn das neue Abflugkonzept von FRAPORT umgesetzt wird, wird sich diese Belastung noch mal deutlich verschärfen. Auf unsere Initiative hin hat sich der Kreistag gegen diese Pläne gestellt. Doch wir wollen nicht nur den Fluglärm vom Main-Taunus-Kreis in andere Regionen verlagern, wir wollen weniger Belastungen für alle.

Die Linke Main-Taunus fordert:

- Züge statt Flüge: Kurzstreckenflüge gehören deutschlandweit verboten. Rund die Hälfte aller Flugbewegungen am Frankfurter Flughafen betreffen Distanzen unter 1.000 Kilometer. Davon ist ein Großteil verzichtbar zugunsten einer Stärkung der Bahnverbindungen.
- Das Nachtflugverbot muss ausnahmslos zwischen 22 und 6 Uhr gelten.
- FRAPORT hat die Kosten für Lärmschutz an Schulen und sozialen Einrichtungen zu erbringen.

5. Gemeinsam leben, niemanden ausgrenzen!

Weltweit sind immer mehr Menschen auf der Flucht vor Kriegen, Konflikten, Hunger, Armut, Klimawandel und fehlenden Zukunftsperspektiven. Viele von ihnen haben einen langen und gefährlichen Fluchtweg hinter sich, haben Angehörige verloren und sind traumatisiert. Sie im Kreis und seinen Gemeinden willkommen zu heißen, bedeutet, ihnen Empathie und Sicherheit entgegenzubringen. Alle Beteiligten - Land, Kreis und Gemeinden - sind dafür verantwortlich, dass menschenwürdige Unterbringung und gute soziale, medizinische und psychologische Betreuung vorhanden sind.

Geflüchtete aufnehmen und unterstützen statt sie zu Sündenböcken zu machen

Leider erleben wir im Main-Taunus-Kreis, dass die politischen Spitzen des Kreises, der Städte und Gemeinden von CDU bis Grünen lieber Geflüchtete eine vermeintliche Schuld zuschieben statt zu den eigenen Versäumnissen zu stehen. Der Mangel an bezahlbarem Wohnraum ist aber nicht die Schuld der Menschen, die bei uns Zuflucht suchen, sondern das Versagen der politisch Verantwortlichen im Kreis. Dass hunderte Menschen bei den Tafeln Schlange stehen und Rentnerinnen und Rentner Flaschen sammeln, ist das Versagen des Sozialstaats und der mangelnden Bereitschaft der politisch Herrschenden zu verdanken, sich für eine Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums einzusetzen. Natürlich ist es eine Herausforderung für die Kommunen viele Menschen in kurzer Zeit unterzubringen. Das Problem lässt sich aber nicht durch eine Beförderung des Rechtsrucks auflösen. Wir haben uns als Linke immer für Integration, Bleibeperspektiven und ein gesellschaftliches Miteinander eingesetzt und werden von dieser klaren Position auch in Zukunft nicht ablassen.

Die Linke Main-Taunus fordert:

- Die horrenden Unterkunftskosten von mehr als 500 Euro für einen Schlafplatz im Mehrbettzimmer, die Geflüchtete mit Erwerbseinkommen zahlen müssen, sind ein massives Integrationshemmnis, machen Erwerbsarbeit unattraktiv und verhindern den Bezug eigenen Wohnraums. Für Menschen in Erwerbsarbeit und ihre Angehörigen soll der Betrag mindestens halbiert werden.
- Wir streben einen besseren Personalschlüssel für die Sozialarbeit in Gemeinschaftsunterkünften an.
- Bürokratische Verfahren für Geflüchtete, etwa bei Arztbesuchen, müssen drastisch reduziert werden, sowohl um die Geflüchteten als auch die Verwaltung zu entlasten.
- Die Bezahlkarte lehnen wir als diskriminierendes und bürokratisches Instrument ab. Wir setzen uns dafür ein, so wenige Menschen wie möglich damit zu belasten und unterstützen Wechselstuben zur Bargeldsicherung für Geflüchtete.
- Geflüchtete müssen das Recht erhalten bei Verwaltungshandeln auf qualifizierte Sprachmittlung zurückzugreifen.
- Der Main-Taunus-Kreis soll sich dem Bündnis Sicherer Hafen anschließen.
- Wir setzen uns für ein Verbot von Abschiebungen aus Bildungs- und Gesundheitseinrichtungen ein.

gen ein.

- Alle dauerhaft hier lebenden Menschen sollen das kommunale Wahlrecht erhalten. Bis dieses Recht erfüllt ist, setzen wir uns auch auf Kreisebene für einen Ausländerbeirat ein und fordern die Stärkung der Mitwirkungsrechte auch in den Kommunen.

Klare Kante gegen Diskriminierung und Rechtsruck

Die Linke ist eine antifaschistische Partei. Antisemitismus, antimuslimische Haltungen, Hetze gegen Minderheiten sowie alle anderen Formen von Menschenfeindlichkeit richten sich gegen ein friedliches Zusammenleben aller. Sie verletzen die Würde der betroffenen Menschen und verhindern Solidarität und gemeinsame Gegenwehr gegen Krieg und Sozialabbau. Der Mord an Dr. Walter Lübcke, die neun Opfer des Terroranschlags von Hanau und viele weitere rechtsterroristische Vorfälle in Hessen machen immer wieder deutlich: Faschismus und Rassismus töten. Wir wenden uns gegen alle Kräfte, die ethnische oder religiöse Minderheiten sowie sozial Benachteiligte zu Sündenböcken für eine verfehlte Wirtschafts- und Sozialpolitik machen. Diskriminierungen auf dem Arbeitsmarkt, bei der Wohnungssuche, im Bildungssystem und durch Behörden treten wir entschieden entgegen. Wir stellen uns der Hetze und Aktionen faschistischer Organisationen und dem Rechtsruck der Mitte entgegen. Wo faschistische Organisationen auftreten, verteidigen wir als Teil des Bündnisses Main-Taunus gegen Rechts den öffentlichen Raum gegen ihre Bestrebungen.

- Vereine, Kultur- und Jugendinitiativen, die auf ein gleichberechtigtes Zusammenleben aller Menschen hinarbeiten, müssen kommunal gefördert werden.
- Als zuständige Kontrollbehörde soll der Kreis mit allen zulässigen Mitteln Waffenerlaubnisse von Neonazis und Mitgliedern der Reichsbürgerbewegung entziehen. Das Amt für öffentliche Sicherheit und Ordnung soll die Überprüfungen bei Anträgen für Erlaubnisse auf Waffenbesitz intensivieren. Kontrollintervalle bei Waffenbesitz sind zu verstärken.

Die Rechte von Frauen und queeren Personen stärken

Patriarchale Unterdrückung betrifft uns alle mit festgefahrenen Rollenbildern und gesellschaftlichen Mechanismen, die schlecht getarnt als „Tradition“ daherkommen. Besonders leiden unter dem Patriarchat aber Frauen und Menschen der queeren Community. Für Die Linke als feministische Partei steht fest: Ihnen gilt unsere Solidarität und Unterstützung im Kampf um Gleichberechtigung. Trotz rechtlicher Fortschritte erleben viele Frauen und queere Menschen im Main-Taunus-Kreis weiterhin Diskriminierung, Gewalt und strukturelle Benachteiligung. Die Umsetzung der Istanbul-Konvention – also des internationalen Übereinkommens gegen Gewalt an Frauen und häusliche Gewalt – ist auch auf Kreisebene unzureichend. Queerfeindliche Übergriffe werden häufig nicht angezeigt, Betroffene bleiben ohne angemessene Unterstützung. Strukturen wie Schulen, Verwaltung und Polizei sind nicht flächendeckend sensibilisiert für geschlechtsspezifische oder queerfeindliche Gewalt.

Wir werben für quотиerte Wahl-Listen, um Selbstvertretung zu sichern.

Die Linke Main-Taunus fordert:

- Der Main-Taunus-Kreis muss sich öffentlich zu den Zielen der Istanbul-Konvention und zu geschlechtlicher Vielfalt bekennen.
- Selbstverwaltete Räume müssen ausgebaut und gestärkt werden. Unterstützungs- und Hilfsstrukturen müssen sicher finanziert und ausgebaut werden.
- Wir wollen die Zahl der Familienzimmer des Frauenhauses gemäß der Vorgaben der Istanbul-Konvention signifikant erhöhen.
- Die Entwicklung eines lokalen Aktionsplans und die Stärkung des Netzwerkes gegen häusliche Gewalt mit dem Fokus auf die Umsetzung und Koordination der Istanbul-Konvention zwischen Kreis, Polizei, Beratungsstellen und Zivilgesellschaft im Main-Taunus-Kreis muss zügig erfolgen.
- Wir wollen einen jährlichen Bericht über die Fortschritte bei Gleichstellung und Gewaltschutz etablieren.

- Anti-Gewalt- und Gleichstellungsarbeit muss in Schulen, Jugendzentren und Vereinen fest verankert werden.
- Wir unterstützen Kampagnen gegen Sexismus, Queerfeindlichkeit und digitale Gewalt auf lokaler Ebene.
- Empowerment-Projekte für Mädchen, Frauen und queere Jugendliche brauchen Förderung.
- Wir setzen uns für die Unterstützung und finanzielle Förderung von queeren Initiativen, Christopher Street Days, Awareness-Projekten und queeren Jugendgruppen ein.
- Wir wollen einen Queer-Beirat beim Kreis, der direkt in Entscheidungsprozesse eingebunden wird, etablieren.
- Der Rechtsruck bedroht die Errungenschaften der Frauenbewegung und der queeren Community. Auch im Main-Taunus-Kreis gibt es Femizide und Angriffe auf queere Menschen. Wir setzen dagegen auf Aufklärungsarbeit, funktionierende Präventionsstrukturen und Täterarbeit.

Der Main-Taunus-Kreis soll ein Ort sein, an dem auch Frauen, Mädchen und queere Menschen frei von Gewalt, Diskriminierung und Angst leben können – unterstützt von starken kommunalen Strukturen, klarer politischer Verantwortung und einer solidarischen Gesellschaft.

6. Für demokratische und starke Kommunen

Bürgerinnen und Bürger auch außerhalb von Wahlkämpfen ernst nehmen

Viele Menschen wenden sich von der Politik ab, weil sie das Gefühl haben: Außerhalb von Wahlkämpfen bin ich der Politik egal. Solche Erfahrungen schwächen unsere Demokratie. Dagegen setzt Die Linke auf mehr Mitbestimmungsmöglichkeiten, Bürgerbeteiligung und direkte Demokratie. Entscheidungen gewinnen an Qualität und Akzeptanz, wenn Menschen frühzeitig, transparent und verbindlich eingebunden werden. Das Motto der Behinderten-Selbstvertretungen „Nicht über uns ohne uns“ muss in einer Demokratie für alle Menschen gelten.

Die Linke Main-Taunus fordert:

- Mit der 2025 im Hessischen Landtag verabschiedeten Kommunalrechtsreform sind Barrieren für kleinere Parteien und für Bürgerbeteiligungsformate erhöht worden. Die Linke kritisiert dies scharf und wird sich weiter für eine Senkung der Beteiligungshürden einsetzen.
- Wir wollen die Satzungen der bestehenden Beiräte im Kreis und den Städten und Gemeinden anpassen und ihnen neben einer reinen Beratungsfunktion weitere Mitwirkungsmöglichkeiten wie Rede- und Antragsrechte sowie finanzielle Budgets gewähren.
- Auf Landesebene streiten wir für ein Wahlalter ab 16 Jahren und für das kommunale Wahlrecht für alle Menschen, die schon länger hier leben.
- Für den Main-Taunus-Kreis wollen wir ein Kinder- und Jugendparlament realisieren.

#MTKdigital

Noch immer sind Teile des Kreises von einer angemessenen Breitbandversorgung weit entfernt. Dies ist ein unhaltbarer Zustand, denn auch funktionierendes und schnelles Internet gehören in unserer heutigen globalisierten Welt unverzichtbar dazu und sind Bestandteil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Gleichzeitig muss beachtet werden, dass nicht jeder Mensch an digitalen Abläufen partizipieren will oder kann. Für beide Gruppen müssen Angebote vorgehalten werden.

Die Linke Main-Taunus fordert:

- Der Zugang zur digitalen Welt muss allen, unabhängig von finanziellen Erwägungen, ermöglicht werden. Gerade in den Schulen bedeutet dies für uns kostenfreie Leihgeräte für alle Schülerinnen und Schüler, sofern die pädagogischen Konzepte darauf aufbauen und verstärkte Medienbildung (nicht nur) an den Schulen.

- Sämtliche staatlichen Dienstleistungen müssen zeitnah auch digital angeboten werden. Das bedeutet auch im digitalen Raum endlich Barrierefreiheit flächendeckend sicherzustellen.
- Öffentliche Einrichtungen sind generell mit kostenfreien W-LAN-Hotspots auszurüsten. Soziale Einrichtungen sollen mit Hardware ausgestattet werden, um dort auch Menschen ohne eigene Technik digitale Angebote unterbreiten zu können.
- Im Sinne des lebenslangen Lernens sollen Technikvermittlung und Medienkompetenz ein Schwerpunkt der Bildungsarbeit unserer Volkshochschule sein.
- Digitale Verfahren und bargeldloses Zahlen sind begrüßenswert, dürfen analoge Möglichkeiten aber nicht komplett ersetzen.

Kommunalpolitische Rahmenbedingungen und Finanzierung

Bund und Land stellen den Gemeinden, Städten und Kreisen keine ausreichenden finanziellen Mittel für ihre Aufgaben zur Verfügung. Gleichzeitig werden den Kommunen immer mehr Aufgaben gesetzlich auferlegt, für die es keine Gegenfinanzierung gibt. Eigene Einnahmen kann der Kreis über die Kreisumlagen nur auf Kosten der oft ebenfalls unterfinanzierten Städte und Gemeinden erheben. Die Folge ist eine chronische Unterfinanzierung öffentlicher Aufgaben. Selbst der im kommunalen Vergleich reiche Main-Taunus-Kreis kommt so an seine Grenzen. In Verbindung mit einem Landrat, der die Schwarze Null wie ein heiliges Mantra vor sich her trägt, herrscht in vielen wichtigen Bereichen schon heute Stillstand und drohen in den kommenden Jahren massive Kürzungen gerade im Sozialbereich. Die Linke wird sich dieser falschen Logik und jedem Kürzungsansinnen entschieden entgegenstellen!

Die Linke Main-Taunus fordert:

- Keine Kürzungen bei der öffentlichen Daseinsvorsorge!
- Der Main-Taunus-Kreis soll zusammen mit anderen Kreisen die Einhaltung des Konnexitätsprinzips („Wer bestellt, der zahlt“) gegenüber Land und Bund auch auf dem Klageweg einfordern.
- Prävention spart Geld: Wir wollen mit einem deutlichen Ausbau von präventiven Maßnahmen deutlich höhere Folgekosten – für die Betroffenen, die Gesellschaft und die Kommunen – verhindern.
- Wir wollen zusätzliche Mittel für den Kreishaushalt mit neuen Instrumenten wie Bürgeranleihen und Nachhaltigkeits-Bonds generieren.
- Öffentlich-Private-Partnerschaften (ÖPP) lehnen wir als Finanzierungsmodelle ab, weil sie mittel- und langfristig die öffentlichen Finanzen deutlich teurer kommen, als die Umsetzung von Projekten in eigener Verantwortung.
- Wir lehnen die Schuldenbremse ab, weil sie eine Investitionsbremse ist. Das Festhalten an der Schwarzen Null um jeden Preis schadet unserer Gesellschaft. Investitionen in Klimaschutz, soziale Infrastruktur und vieles weitere können nicht aufgeschoben werden, wenn wir unseren Kindern eine lebenswerte Zukunft ermöglichen wollen.

7. Mitmachen!

(Ton Steine Scherben – Allein machen sie dich ein)

Die Linke wird im Main-Taunus-Kreis auch nach der Wahl als klar erkennbare Oppositionspartei den Finger in die Wunde legen. Dabei setzen wir nicht auf eine Stellvertreterpolitik, die politische Beteiligung auf die Stimmabgabe am Wahltag begrenzt. Wir ermuntern diejenigen, die nicht länger einfach alles geschehen lassen wollen, sich aktiv für eine bessere Zukunft stark zu machen und mit uns gemeinsam für eine gerechte, nachhaltige und demokratische Kommunalpolitik zu streiten. Wir setzen auf Bündnisse, um den gesellschaftlichen Entwicklungen etwas entgegenzusetzen. Wir laden alle Menschen herzlich ein, sich bei uns einzubringen.

Am 15. März 2026 können Sie mit Ihren Stimmen für eine starke Linke in den kommunalen Parlamenten des Main-Taunus-Kreises sorgen. Nehmen Sie uns beim Wort und lassen Sie uns gemeinsam an einer solidarischen Gesellschaft bauen.